

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Tageblatt Niels.
Bereich Nr. 20

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde und des
Rates der Stadt Niels, des Finanzamts Niels und des Hauptzollamts Niels.

Redaktionssitz: Dresden 159
Girokonto: Niels-Str. 52.

Nr. 274.

Montag, 26. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 24.11. bis 30.11. 1920 2000 Milliarden M. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewebe für das Erstellen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Grundpreis ist bis 20 am breite, 2 am hohen Grundpreis je 15 Silber 25 Gold-Pfennige; die 20 min breite Zeitung 100 Gold-Pfennige; zeitgenössische und sozialistische Tag 50%, Aufschlag, keine Taxe. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtzulässige Unterhaltungshilfslage. Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstlicher irgendwelcher Störungen des Vertriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versandungsanstalt — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verkauf: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ulrich, Riesa.

Die Krise des Systems.

Gründe der Augenblicksstätigkeit haben Dr. Stresemann bei der letzten großen Rede, die er im Reichstag aus Vertheidigung seiner Kabinettarbeit hält, daran gehindert, seine Feststellung, daß es sich um eine Krise des Parlamentes und nicht der Regierung handelt, noch grundlegender und ausführlicher auszudrücken. Bereits bei Uebernahme der Kanzlerschaft hat Dr. Stresemann, als Warnung und Drohung, darauf hingewiesen, daß sein Kabinett wahrscheinlich das leichte legaler Art darstellen würde. Der bisher stets sicher eingesetzte Führer der Deutschen Volkspartei hat nun in monatelangen Kampfen die undankbare Aufgabe auf sich genommen, das System der parlamentarisch getragenen Regierung, das in ruhigeren Zeiten bereits von Krise zu Krise geführt hat, gegen die wildesten Anstürme der Ereignisse zu schützen. Er ist in tapferem Kampfe auf offenen Schlachtfeld für eine Sache gekämpft, an deren Lebensfähigkeit er innerlich selbst nicht mehr gesieht hat. Der Anhänger des für jeden politischen Kampf allerdings bestehenden Systems, mit dessen Hilfe England die erste Macht der Welt geworden ist, hat erkennen müssen, daß nicht auf jedem Boden die gleiche Saat gleiche Frucht bringt. Rostkohle Zeit ist mit unfruchtbaren Partei- und Parlamentskämpfen vergnügt, die Stunde fordert so dringlich wie nie zuvor Entschlüsse von grundlegendem Bedeutung.

Wie ist unsere Lage? Nationalpolitisch bleibt Deutschland auf absehbare Zeit einer brutalen Gewaltspolitik ausgeliefert, deren Machtgrenzen noch unverschärft stehen, während allerdings das moralische Fundament bereits überall Sprünge und Risse zeigt. Die innere Selbstbehauptung verlangt Maßnahmen, die in ihrer Brutalität jede Bevölkerungsschicht, jede politische Richtung in die Opposition treiben müssen, wenn sie wirklich Erfolg haben soll. Die Meuternack ist zwar auf dem Papier eingeführt, das Programm des Vorstandes der Rentenbank mit seinen bekannten Sanierungsfordernissen ist aber noch nicht einmal in seinen Ansätzen in Angriff genommen. Es ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß sich eine parteipolitisch umgrenzte Parlamentsgruppierung riskiert für die Durchführung von Forderungen einsetzen wird, wie sie in Österreich nur durch den von der Entente bestellten Diktator zur Verwirklichung gebracht werden konnten. Im besonderen ist jede Hoffnung auf eine Mitarbeit der Sozialdemokratie nach der jüngst erfolgten Stellungnahme hinfällig. Auch innerhalb der bürgerlichen Parteien besteht nirgendwo die Einholosigkeit, alle Parteirückichten fallen zu lassen und sich von der Vergangenheit zu lösen. Sollte, allen diesen Tatsachen zum Trotz, nochmals der Versuch einer parlamentarisch-kundierten Regierungsbildung gemacht werden, so ist er von vornherein fast aussichtslos.

Der frühere Reichsminister Albert mit der Kabinettbildung beauftragt.

II Berlin. Nachdem der Versuch des Reichstagsabgeordneten von Harckhoff, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gescheitert ist, hat der Reichspräsident im Laufe des gestrigen Tages mit dem Reichsminister Dr. Jarres, Dr. Braun und Dr. Gehler die Frage der Kabinettbildung besprochen. Die Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß zurzeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet. Der Reichspräsident hat deshalb am Nachmittag an den früheren Reichsminister Albert folgendes Schreiben gerichtet:

"Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so heraus erkt, daß die Bildung einer verstaatlungsfähigen Regierung keinen Ausstieg mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bestehender Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzulegen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihr vaterländisches Pflichtgefühl, Ihre mir geschenkten und auch von mir gewährten Bedenken anzusagen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar."

Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister a. D. Albert, in deren Verlauf dieser den Auftrag zur Kabinettbildung übernahm.

Der mit der Kabinettbildung beauftragte frühere Reichsminister Albert verhandelte gestern abend bereits mit verschiedenen Persönlichkeiten über die Zusammenstellung einer überparlamentarischen Regierung. Wie man in politischen Kreisen annimmt, werde Albert mehrere Minister der zurückgetretenen Regierung, und zwar den Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler, den Reichsarbeitsminister Braun und den Reichsnährungsminister Grafen Rahn in sein Kabinett übernehmen. Als Kandidaten für den Posten des Ministers des Auswärtigen werden der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Hinke und der deutsche Botschafter in Moskau Graf v. Brockdorff-Rantzau genannt. Der "Mondtagpost" folgt weiterhin Albert auch um die Mitarbeit von Sozialdemokraten in seinem Kabinett bemühten. So soll der frühere preußische Finanzminister Dr. Süderholm an die Spitze des Reichsfinanzministeriums treten. Wenn Albert die Kabinettbildung gelingt, so würde er vom Reichstag zunächst ein Vertrauensvotum fordern. Sollte der Reichstag dem Kabinett das Vertrauen verweigern, so würde dann sicher die Nullförderung des Reichstages erfolgen.

Stresemann über seinen Sturz.

Kurz nach dem Sturz der deutschen Regierung hat Dr. Stresemann dem Berliner Vertreter des "Daily Express" ein Interview gewährt. Hierin bemerkte Dr. Stresemann, daß er das Ergebnis der Abstimmung bedauerte, weil er gerade in Telegramm erhalten habe, daß die deutschen Industriellen im Abgebot mit den Franzosen eine Vereinbarung abgeschlossen hätten. Sie hätte es ihm ermöglicht, sein wirtschaftliches Programm durchzuführen, da die Arbeit im Ruhrgebiet wieder aufgenommen werde. Er werde den Reichspräsidenten bitten, so rasch wie möglich zur Rekonstruktion der Regierung zu scheitern, da ein Interregnum, besonders im Rheinland und in Berlin, gefährliche Folgen haben könnte. Die Koalition mit den Sozialdemokraten sei kein Fehler gewesen, aber diese Koalitionspolitik sei wegen Parteiambitionen zwischen zusammengebrochen. Er habe eine deutliche Erklärung des Reichstages erbetet, da nur eine große Mehrheit vom Vertrauen gereicht hätte. Stresemann, so schreibt der Bericht, schreibt die Schuld an der gegenwärtigen Lage nicht nur den wirtschaftlichen Umständen, sondern auch der tiefen Gewissensregung an, die Deutschland durch die Noten der Alliierten erleidet müsse.

Das Ausland zum Rücktritt des Kabinetts Stresemann.
London. "Times" nimmt zu dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann Stellung und schreibt, der Sturz Stresemanns habe eine besondere Bedeutung. Er sei das Ende einer Epoche. Stresemann habe eine durch die wahnslustige Finanzpolitik seiner Vorgänger fast ruiniertes Deutschland regieren müssen. Er habe mit gewaltthamen oder mit diplomatischen Maßnahmen gegen die offene Revolte von Gruppen, Parteien und Staaten antreten müssen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, seien außerordentlich gewesen, aber das unüberwindliche Hindernis, dem er gegenüberstand, habe in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten gelegen. Hier habe Stresemann alles getan, was ein herzlicher Deutsche hätte tun können, um mit den Alliierten zu einer Regelung oder wieder zu Verhandlungen zu kommen. Es sei ihm ohne seine Schuld nicht gelungen. Stresemann habe große Anstrengungen gemacht, freilich ohne Erfolg, weil er nach dem Ausbruch einer wirklichen Unterstützung von außen seinen Einfluß auf die innere Politik verlor, deren Verwirrung und Chaos der Außenland immer ärger wurde.

II Paris. Davon berichtet aus Washington, im Weißen Haus lehne man es ab, sich über die Tatsachen des Rücktritts des deutschen Reichskanzlers Dr. Stresemann zu äußern. Für den Augenblick beschränke man sich auf die Erklärung, daß die Vereinigten Staaten ebenso wie alle zivilisierten Nationen den Zusammenbruch Deutschlands nur beklagen.

Das Ruhrabkommen.

Halt zur gleichen Zeit, als das Kabinett Stresemann dem Aufturm der vereinigten Gegner erlag, ist zwischen den Franzosen und den Vertretern der westdeutschen Industrie ein Abkommen geschlossen worden, das zwar gegenüber dem, was Frankreich vor kurzem noch verlangt hat, einen Fortschritt bedeutet, das aber keinen Endes doch den Rückbruch in seiner praktischen Folgen zu legalisieren scheint. Die Industriellen haben sich zur Zahlung einer Kohlensteuer von 15000 Dollar für die Zeit vom 1. Juli bis 1. November bereit erklärt, sie haben weiterhin für jede verkaufte Tonne Kohle eine Abgabe zugestanden, sie haben sich verpflichtet, 18 Prozent der Nettoproduktionen ohne Entsalzung abzuliefern und alle vorhandenen Vorräte vom 1. Dezember ab an die Feindsmächte zu überweisen. Sie haben sich weiterhin der französischen Ausladekontrolle gebeugt und weitere Abkommen über die Nebenprodukte der Kohle in Aussicht gestellt. Der Erfolg dieses Abkommens, dessen grundlegende Schwere dadurch allerdings nicht gemildert wird, ist die Verminderung der Weigerung, die Kohlenlieferungen zu Gunsten der Belagungskonturen aufzunehmen, ohne daß eine Quitschrift auf Reparationskonten erfolgt. Die Ablieferung geht jetzt an die Alliierten, nicht lediglich in die Tasche der Franzosen. Auch gegenüber dem Abkommen der Otto-Welt-Gruppe bedeutet der gegenwärtige Vertrag insoweit einen Fortschritt, als die Nachzahlung der Kohlensteuern von 74 Millionen Dollar auf 15 Millionen herabgesetzt und auch die laufende Kohlensteuerzahlung vermindert ist. Von der getroffenen theoretischen Festlegung bis zu ihrer Durchführung ist der Weg noch weit. Die gesamte Industrie und vor allem das Verkehrsweisen befinden sich weiterhin in einem Zustande der völligen Verwirrung. Eine schwere Belastung der Reichsautonomie ist außerdem die Tatsache, daß die Franzosen ihren Willen, nicht mit der Regierung, sondern mit einzelnen Interessengruppen zu verhandeln, durchgedrückt haben und daß hierdurch die tatsächliche Verteilung des Industriegebietes im Wesen in Vertragsform ihre Bedeutung geringt hat.

Besprechungen Poincaré mit Barthou.

II Paris. Ministerpräsident Poincaré hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou. Aus einer Mitteilung des "Matin" erhebt man, daß über das deutsche Export beraten wurde, das Staatssekretär Barthou über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands vor der Reparationskommission gegeben hat. Außerdem ist über den vorgestern abgeschlossenen Düsseldorfer Lieferungsvertrag verhandelt worden, dessen Art. 17 vorschreibt, daß die Reparationskommission über den Ertrag der Steuern und die Rückzahlung der Belegungskosten zu entscheiden haben wird. Nach dem "Temps" sei nun zu bestimmen, ob diese Stipulation aus der Kompetenz der Reparationskommission unter-

steht oder von den alliierten Regierungen selbst geregelt werden muß.

Ein holländisches Urteil über die Schmach im Ruhrgebiet.
H. Rotterdam. In einem Artikel des "Nieuwe Rotterdamsche Courant" heißt es: "Ein Schach im Ruhrgebiet erweckt das Gefühl der Schämung über das, was das gesegnete Europa in diesem Land begangen hat. Vielleicht kann man davon gesagt haben, die letzten Niederlagen von Bolivar und Poincaré, dann überlegen man schaudern, in welchem Maße man es beizutragen fertig bringt, sich leicht und die Völker lätere zu führen. Vergleicht man diese Zustände mit dem, was in ein paar Hauptstädten darüber bekannt gegeben wird, so bekommt man den Eindruck, daß das moralische Gefühl der Völker nicht besonders groß ist. Wenige hundert Kilometer von den betreffenden Hauptstädten können Dinge geschehen, die die dafür verantwortlichen Völker, wenn erkennen, welche Verblendung gewissen ist, als ein dummes horrende Verbrechen betrachten werden, wenn auch gegenwärtig kein Gefühl für die tatsächliche Lage zu den Parlamenten durchdringen kann. Wenn das französische Volk die Wahrheit weiß, so würde niemand, der seine Geschichte kennt, daran zweifeln, wie es reagiert wird. Aber es weiß nichts von diesen Dingen, weil die französische Presse aus eigener Initiative dem Volkswissensteile die Tatsachen so verheimlicht, wie dies keine offizielle Zensur tun könnte. Ich es ein Wunder, daß es im Ruhrgebiet immer wieder zu Ausbrüchen der Ungehobenheit und der Verzweiflung kommt? Änderungen sind alle Tage Strophenereignisse. Täglich fallen Tote im besetzten Gebiet. Dinge, die vor zehn Jahren in der ganzen Welt Verblüffung erzeugt haben würden, seien jetzt nur als kleine Neuigkeiten. Trotzdem kann man sagen, daß das Volk im Ruhrgebiet in großer Selbstbeherrschung verbunden ist."

Zum Verbot der radikalen Parteien.

II Berlin. Die von General v. Seeckt ausgeworfenen Verbote gegen die extremen Parteien haben bereits im Laufe des Freitags zu Verstrebungen darüber geführt, ob und wie ein Fortsetzen der Parteien während der Zeit des Verbots zu fordern ist. Wie verlautet, haben die Kommunisten wichtige Versprechungen abgehalten, in denen man sich darüber einig war, daß die illegale Fortführung der Organisationen sicherzustellen sei. Die Arbeiter sind im Augenblick natürlich durch die Tatsache gezwungen, daß die vorhandenen offiziellen Bank- und Postkonten beläuft, nebst worden sind, doch glaubt man die finanzielle Krise überwinden zu können. Für die verbotene "Rote Fahne" soll überbrückend ein Ort geschaffen werden, doch steht es noch nicht fest, ob eine bereits errichtete verdeckte Zeitung für diesen Zweck in Anspruch genommen oder ob eine Neugründung unter anderer Flagge erfolgen soll. Namens der völkischen Führung hat der Reichstagsabgeordnete Major a. D. Henning am Freitag an den Reichsbeamten ein Schreiben gerichtet, in dem er sich wegen des Verbots der Deutschvölkischen Freiheitspartei durch General v. Seeckt beschwert. Er bezeichnet diese Maßnahme als einen Verstoß gegen die Reichsverfassung und eine Übelstreuung der dem Oberbefehlshaber verliehenen Kompetenzen. In einem zweiten Schreiben an General v. Seeckt betont Henning, daß Seeckt über die Ziele der Partei falsch unterrichtet worden sei.

Tagung der Interalliierten

Militärkontrollkommission in Berlin

II London. Der diplomatische Berichterstatter des "Observer" schreibt, es werde erwartet, daß die alliierten Militärkontrollkommissionen Anfang dieser Woche in Berlin zusammenentreten werden. Das britische Militär der Kommission Vendôme müsse in enger Nähe mit dem Foreign Office bleiben bei der heftigen Arbeit der Wiederherstellung der militärischen Kontrolle über ein Deutschland, dessen künftige Lage nicht vorausgesiehen werden kann. Die Polizei, die er durchzuführen habe und wegen deren er in einer Sitzung mit Lord Curzon steht, begleite, Sicherstellen, daß kein Versuch gemacht werde, eine Kontrolle in Teilen Deutschlands auszuüben, wo augenblicklich die Berliner Regierung keinerlei wirkliche Autorität ausüben könne. Nach britischer Ansicht würde es ein Hohn sein, Unmögliches von Deutschland zu fordern und dann seine Nichterfüllung als Versagung anzusehen.

Um den Unterhalt der Reparationskommission.

II Paris. Der "Matin" schreibt, die deutsche Regierung, die nach den Friedensverträgen für den Unterhalt der Reparationskommission sorgen müsse, habe bis zum Juli ihre Verpflichtungen nach dieser Richtung erfüllt; seitdem aber ist sie trotz wiederholter Aufforderungen die fällige Summe nicht gezahlt worden. Die Reparationskommission habe deshalb die notwendigen Summen für die Bezahlung der Beamten aus einem Reservefonds entnommen, dessen Höhe 25 Millionen Francs betrage. Diese Summe genüge, um bis zum 31. Januar die dringendsten Ausgaben zu decken. Sei, wenn man einen harten Prozentsatz des Personals entlässe, könne man den Fortbestand der Reparationskommission nur für zwei bis drei Monate sicherstellen.

Obers Wirtschaftsprogramm.

II Berlin. Der "Matin" schreibt, die deutsche Regierung, die die Reichsbahndirektionen nach Berlin berufen, um mit ihnen eine Reihe von Fragen zu besprechen, deren Lösung angehängt der ersten finanziellen Lage des Reichs unverzüglich in Angriff genommen werden muß. In einer eindrücklichen Rede entwickelte der Reichsverkehrsminister sein

Finanz- und Wirtschaftsprogramm. Höchste Vorsicht soll unter Ausnutzung jedes technischen Fortschritts mit eingeschränktem Aufwand an verblüffenden und sachlichen Mitteln erreicht werden. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit muss allen anderen Grundsätzen vorangehen sowohl im eigentlichen Eisenbahnbetrieb als auch bei der Herstellung von Mitteln für Bauten und Belebungen. Die finanzielle Hilfe durch das Reich in Gestalt von Betriebszuschüssen mangels genügender Betriebsnahmen muss waffen, wenn überhaupt wieder geordnete Verhältnisse im Reichsbaubau und damit in der Volkswirtschaft eintreten sollen. Die Erfahrungen und die bewährten Arbeitsverfahren der Privatwirtschaft sollen mehr als bisher auch in der Reichsverkehrsverwaltung durch Einstellung auf Oekonomie angewandt werden. Eine voll wirksame Dezentralisierung der Verwaltung wird vorbereitet. An Faktenberichte über die Durchführung des Personalabbaus und die angekündigten Sparmaßnahmen aus organisatorischer Sicht schloss sich eine eingehende Aussprache über das weitere Vor-gehen an.

Bayern und die Reichsverfassung.

Die bayerische Staatsregierung hat eine Reihe programmatischer Änderungen zur Umgestaltung der Reichsverfassung und zur Änderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern vorgenommen, die der künftigen Reichsregierung sofort nach ihrer Bildung mit dem Erreichen umfangreicher Maßnahmen zugänglich werden. Die bayerische Regierung begnügt mit diesen Vorschlägen eine Unterstreichung der von der Reichsregierung der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Anträge gleicher Art.

Von bayerischer Ansicht wird mitgeteilt, daß das Verboten wegen der Vergangenheit vom 8. und 9. November bereits bei den bayerischen Justizbehörden anhängig ist und daß eine Auslieferung der Schuldner an den Staatsgerichtshof nicht in Frage kommt. (?)

Blutiger Kampf mit den Sonderbündlern.

Nürnberg. Die Vendettierung hat am Sonnabend den Verlust gemacht, sich der Sonderbündler zu entledigen. Es kam zu Kämpfen, bei denen mehrere Personen getötet wurden. Den schwerbewaffneten Sonderbündlern, die mit Handgranaten und Karabinern gegen die Menge vorgingen, gelang es schließlich, sich gegen die Menen zu behaupten.

Nürnberg. Aus einer ausführlichen Melbung von zuverlässiger Seite über den bereits am Sonnabend gemeldeten Nebberuf der Separatisten ist noch folgendes zu entnehmen: Hinter dem Stoßzug, der gestern früh in Stärke von etwa 100 Mann in die Stadt einfiel, marschierte eine Kompanie französischer Soldaten. Den Sonderbündlern hatten sich etwa 1000 Einwohner allein aus Ludwigsbahn angeschlossen. Aus dem Stadthaus Nord, das die Separatisten zuerst belegten, war unlängst der deutsche Selbstschutz durch die Franzosen gewaltsam entfernt worden; im übrigen bewachten die Franzosen beide Städtehäuser bis achtern nachmittag, um dann den Sonderbündlern Platz zu machen, die die dort beschäftigten Beamten zum Teil unter Bedrohung mit der Waffe zum Weiterarbeiten zwangen. Die von den Franzosen entworfene Polizei verlor jetzt wieder, jedoch ohne Revolver, den Ordnungsdienst. Die Geschäfte sind fast alle geschlossen.

Gedächtnissfeier der reichsdeutschen Vereine in Wien. **W**ien. Die reichsdeutschen Vereine veranstalteten gestern am deutschen Totensonntag unter zahlerlichen Beteiligung von den deutschen Kriegergruppen auf dem Centralfriedhof eine Gedächtnissfeier für die im Weltkrieg Gefallenen. Der deutsche Gedenktag Dr. Pleißner hielt die Gedenkrede, in der er die deutschen Männer und Frauen ermahnte, den Söhnen des Volks, die ihre Treue zum Vaterlande mit dem Leben bekräftigt hätten, stets ein ehrliches und dankbares Gedächtnis zu bewahren. Nachdem der Gedenktag einen Vorbericht niedergestellt hatte, sagte er: „Unfreiheit ist uns unter Volk, verderbliche Kriegerkraft im Innern und unerbittliche Bedrückung von außen. Aber die Stunde der Wiedergeburt und der Auferstehung wird kommen. Völker können nicht sterben. Deutscher Glaube ist uns nicht verweckt an unserm Volk; deutscher Treue ist uns unvergessen stehen in Not und Tod. Gott schütze das Vaterland!“

Tagesgeschichte.

Gegen die Personalabbauverordnung, die von der Reichsregierung auf Grund des Ernächtigungsgeleis erlassen worden ist, und deren wesentlicher Zweck die Verminderung des Beamtenapparates um ein Viertel

Bißsachen Wünschen

aus dem Kreise unserer gebräuchten Zeitungen entsprechend, sind wir bereit, für den Bezug des *Neuen Tageblatts*.

Jüngere Bezugsschriften

ausgezeichnet. Versuchsweise ist für 1. November *Zugsblatt* auf die Zeit vom 1. bis 14. Dezember 1923

ein Festpreis von 2,50 Goldmark

angenommen worden. Bestellungen bis sofortige Abholung des Bezugspreises in werbekundigem Weise gegen diesbezügliche Quittung nur in der *Tageblatt-Geschäftsstelle in Nürnberg, Goethestr. 59,*

ist, erheben sich von groben Bräuchen im Reichstag Altersprache, so daß das Schicksal der Verordnung heute noch nicht ganz steht. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt die sofortige Aufhebung dieser Verordnung und statt dessen die unverzügliche Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend Herabminderung der Ausgaben des Reichs; die Deutschen verlangen eine Änderung der Verordnung mit dem Ziele der Wahrung der verfassungsmäßigen Grundrechte der Beamten. Da auch die auf Grund des Ernächtigungsgeleis erlassenen Verordnungen dem Reichstag vorgelegen sind und dieser sie aufheben kann, so ist es möglich, daß sich im Reichstag aus den Parteien auf der linken und auf der rechten Seite eine Mehrheit gegen die Personalabbauverordnung zusammenfindet. Diese unklaren Verhältnisse haben auch die vorige Regierung veranlaßt, die Personalabbauverordnung, die für Preußen geplant war, und die mit ihrer Beratung betrachtete Fländige Ausführung zunächst einem Unterstand überwiesen hatte, vorläufig zurückzustellen. In dem Unterstand war es bereits zu sehr interessanten Auseinandersetzungen gekommen.

Ein Geheimbefehl Tegoutees. Die Befehlschreiter über das Nebengebiet der Grenze des besetzten Gebietes ebenso wie die Rollbomber sind in den letzten Tagen von der Besatzungstruppe verschärft worden. Besonders sturm gehen die Besatzungsbefehle gegen jeden Befehlsgewichsel vor. Wie man hört, hat General Tegouette nunmehr einen Geheimbefehl an die Befehlshaber der Grenzkontrollstationen erlassen, und jedem Befehl eine Belohnung in der ganzen Höhe der angebrachten Befehlsgewissheit festgesetzt und der nächsten französischen Wache übertragen. Befehlsgewichsel werden mit einem Jahr Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe bestraft.

Ludendorff gegen Ehrhardt. General Ludendorff, gegen den ein Verfahren wegen Hochverrats schwört, veröffentlicht im deutschnationalen Tag gegen den wegen Hochverrats und Meineids festlich verfolgten Kapitän Ehrhardt die folgende Erklärung: „Ich werde von meinen Freunden aus allen Teilen Deutschlands immer wieder gefragt, ob Kapitän Ehrhardt an Stelle Hitlers als Führer des völkischen Deutschland in Frage kommt. Kapitän Ehrhardt kommt als Führer von völkischen Deutschen für mich nicht in Betracht. Ludendorff.“

Die Rentenmarkabgabe an Bayern. Der bayerische Handelsminister hatte in Berlin Vorstellungen gemacht, wegen der Versorgung der bayerischen Wirtschaft mit Rentenmark. Nunmehr wird die Rentenbank auch Bayern in den nächsten Tagen für seine Industrie, Wirtschaft und Handel genügende Mengen von Rentenmark zur Verfügung stellen.

Gegen die Versklavung Deutschlands. Unter dem Vorsteher des Pfarrers Dr. Benz hat sich in Basel ein Initiativkomitee gebildet, das in einem Zeitungsauftritt zu einer Protestkundgebung gegen die fortgesetzte Bergwerktätigkeit Deutschlands durch die Regierung aufgerufen.

Die Thüringer Sozialdemokratie über die Reichswehr. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag eine Entschließung eingeführt, in welcher eine vollständige Umbildung und Neuorganisation der Reichswehr gefordert wird.

Wege zur Verteidigung des Reiches verurteilt. Vor dem Militärgericht in Wittenberg wurden 50 Personen, die sich gegen die Separatisten verteidigt hatten, mit Gefängnis nicht unter 1 Monat bestraft. In Sontra wurden neun Personen, die ebenfalls gegen die Separatisten Partei ergripen hatten, von den Franzosen verhaftet.

Doch mit dem sanften Eigentum, den er seiner verehrten Flora manchmal entgegenzusehen pflegte, verharzte er auch diesmal auf dem Standpunkt, daß die junge Frau Martens so rein und unfehlbar sei, wie sie aussiehe.

Die Antwort seiner Frau war zunächst ein höhnisches Schnauben, dann meinte sie in sauerlichem Ton: „Ra, ich kann mich mit den Manieren der Person nicht befrieden. Ich habe mir nie was aus Leuten gemacht, die merkwürdige Dinge tun. Und Ihre Heirat war doch merkwürdig, das kanst du nicht bestreiten, — sehr merkwürdig sogar, wenn man das überhaupt eine Heirat nennen kann, daß der Mann am Hochzeitstage auf und davon geht, und kein Mensch weiß, an welchem Ende der Welt er sich befindet. Und daß Sie hier wie eine Einsiedlerin lebt und keinen einzigen Verwandten hat, du wirst mir zugeben, daß das auch mindestens sonderbar ist!“

Scheibler murmelte etwas, das lang wie, es sei doch eigentlich nicht die Schuld der armen kleinen Frau, wenn sie so allein dastehe, seine Gattin fuhr unbeirrt fort:

„Und nun gut die Geschichte mit dem Mann! Ein Hochverräter ist er, der sein Vaterland für Gold verkauft hat, der reine Judas, und dabei trägt der Person den Kopf höher, als je. Es ist unglaublich! Rein, nein, du magst sagen, was du willst, ich habe keine Geduld mit solchen Leuten. Ich habe sie von Anfang an für eine Abenteuerin gehalten, und die Besuch dieses Herrn Stern bestärken mich nur in meiner Ansicht. Und du würdest ganz ebenso denken, wenn sie ein häßliches altes Weib wäre, aber weil sie ein zäfling jung und in deinen Augen hübsch ist, hältst du sie für einen feckenlosen Engel.“

Frau Scheibler schnappte nach dieser langen Rede nach Luft, aber da sie eine Meinungsverschiedenheit mit ihrem Gatten immer nur dann als beendet ansah, wenn sie das letzte Wort behielt, so wartete sie gar nicht auf seine Antwort, sondern ließ sich aus seinem Arbeitszimmer hinkriechen und schlug mit dem triumphierenden Bewußtsein die Tür hinter sich zu, daß ihr guter Mann wieder einmal den fürgewig gezeigt habe.

Der Frühlingssonnenschein fiel auf die blühenden Hyazinthenbeete im Garten der Bürgermeisterin, wohin sich Frau Scheibler nach dem Vortrage mit ihrem Mann zurückgezogen hatte, und derselbe Frühlingssonnenschein vergoldete Angelas Haar, als sie mit gesenktem Haupt auf der Terrasse des Schlosses rasch hin und her wanderte.

Der Frühlingshauch, der weiche blaue Himmel, der Duft der Haiaantinen, den der Genwind vom Hafen herauf-

Auch die kleine Entente röhrt sich. Eine Delegation meldet aus Bulgarien, der Minister des Außen von Rumänien Icici hat an die Regierungen von Paris, Warschau und Belgrad eine Note gerichtet, um bei der Regierung in London einen Schritt zu unternehmen, wie ihn die Tschechoslowakei und Polen schon längst getan haben, bezüglich der Rückkehr des deutschen Kronprinzen und der militärischen Kontrolle in Deutschland. Dieser Schritt wird in Paris als ein Beweis dafür angesehen, wie eng die Zusammenarbeit der großen und kleinen Entente bestünde.

Aus dem Thüringer Landtag. In der letzten Sitzung des Landtages hielt der deutschnationale Abgeordnete von Eichel-Streiber in einer Rede Abrechnung mit der Politik des Vertreters der USPD und der KPD, welche durch ihre Position die Regierungsträger in Thüringen verschuldet hätten. Unter anderem Ausführungen des Hauses war der USPD und der KPD schriftliche Verfehlungen aus ihrer Regierungstätigkeit vor. Sie seien durch ihre verfehlte Tätigkeit an den leichten Ernährungsschwierigkeiten der Bevölkerung schuld.

Politische Verhaftungen in Hamburg. Am Nachmittag zum Sonntag wurden etwa 60 Angehörige des Niedersächsischen Landtages, einer deutschösterreichischen Vereinigung, im Stadtteil bei einer militärischen Nachprüfung überwacht und festgenommen. Am Ende des Sonntags wurden ferner 80 Angehörige des Bismarckbundes, z. von Langenborn bei Hamburg zu ihrem Übungsvorfall fahren wollten, von der Polizei festgenommen. Am Ende der Verhafteten wurden Pistolen und Pistolenlader gefunden.

Verbesserung der Postgebühren

ab 26. November.*

Der unablässige fortschreitende Verfall der Mark zwingt die Postverwaltung, die seit dem 12. November geltenden und vom 20. November an verdoppelten Post- und Postschaffengebühren zum 26. November nochmals zu erhöhen, und zwar auf das aktuelle der Säpe vom 12. November, das ist also das vierfache der jetzt geltenden Säpe. Die Erhöhung erstreckt sich auf sämtliche Hauptverkehre im Inlands- und Auslandsverkehr sowie auf die Nebengebühren (Giroabrechnung, Vorausgaben von Luftfragen und Nachnahmen, Giroabrechnung usw.). Der einfache Fernbrief kostet nach dem 26. November an 80 Milliarden, die Fernpostfahrt 40 Milliarden, die Druckluft bis 25, ca. 16 Milliarden und die Einschreibung 80 Milliarden Mark.

Für Postanweisungen werden erhoben: Bis 25 Millionen 100 Milliarden, über 25 bis 50 Millionen 200 Millionen, über 50 bis 100 Millionen 300 Millionen, über 100 bis 250 Millionen 500 Millionen, über 250 Millionen 750 Millionen, über 750 bis 1000 Millionen 1000 Millionen, je weitere 250 Millionen oder einen Teil davon mehr 200 Millionen Mark. — Höchstgebühren für Bareinzahlungen mit Briefarten 2000 Millionen, für bargeldlos beglichene Zahlarten 1000 Millionen Mark.

Unverändert bleiben die Zeitungsgebühren, die Gebühren für Wiederdruckabfertigungen des Inlandsverkehrs, die Versicherungsgebühren für Wertsendungen des In- und Auslandsverkehrs, die Gebühren für Auszahlungen im Schatzamt, die Gebühren für Postanweisungen und Pakete des Auslandsverkehrs, die Einschreibungsgebühr bei Postausträgen und Nachnahmen des Inlandsverkehrs, die Gebühren für Auszahlungen auf Postreditkarten, der Monatsbetrag der Stundungsgebühr, die Versicherungsgebühr für Kleingeschäft und die Säpe des Zeitungsaufstellgeldes für Dezember.

Vierfacher Neuwert der alten Marken.

Aus Anlaß der Erhöhung der Postgebühren vom 26. November ab hat das Reichspostministerium die Postanstalten angewiesen, die Freimarken von dem genannten Tage ab zum vierfachen Neuwert zu verkaufen und bei der Freimachung (auch bei Sendungen aus Briefstädten) zum vierfachen Betrage (bis diesen Monat) anzurechnen.

* Die Meldung über Erhöhung der Gebühren möglicherweise erst gestern zu, sie konnte deshalb früher nicht veröffentlicht werden. D. Ned.

wieht, das alles warte in ihr ein unbestimmtes Sehnen, ein Wunschgefühl, für das sie keinen Namen hatte. Die Jugend in ihr schreibe nach mehr als diesem oben Leben, das sie führte, und in dem sie nie das Gefühl verlor: Keiner braucht dich, keiner liebt dich, keiner lämmert sich um dich. Während der Wintermonate mit den kurzen Tagen, den lustigen Feuern, den Beschäftigungen im Hause, hatte sie die Einfachheit nicht so gefühlt, es war ihr auch alles noch so neu gewesen. Aber jetzt, wo laue Sonnenstrahlen und die Vögel ihre süßen Lieder sangen, wo die Blumen blühten, und die Tage immer länger wurden, wo alles von neuem Leben erzählte, da tat ihr das Herz zum Sprungen weh. Mit brennenden Augen, denen die Tränen sehr nahe waren, blickte sie sehnsuchtsvoll über den Garten, den Park und die Wiese bis zu den fernen Hügeln.

Wie schön das alles war! Und alles gehörte ihr. Aber sie war so einsam, so verlassen. Wie konnte man Freude an einem großen Besitztum haben, wenn man immer und immer allein war? Wie konnte sie sich an all der Schönheit freuen, an dem zarten grünen Schleier, mit dem die Bäume sich zu schmücken begannen, an den zart gefärbten Blüten, die sich so lieblich von der braunen Erde abhoben, an dem holden Gesang der Vögel, an dem milden Frühlingssonnenschein, wenn ihr Herz so schwoll in den Tod, sich dieser Treue unwert gezeigt haben könnte? Es war ihr zu Mut, als wenn der ganze Frühlingzauber nur vor ihr ausgebreitet worden wäre, um ihr Unglück noch trauriger erscheinen zu lassen, und sie wollte sich eben abwenden, um die grünen Rattenställchen, die knospenden Gebüsch, die aufblühenden Blumen nicht mehr zu sehen, als eine Stimme hinter ihr erscholl, die sie mit freudiger Überraschung erfüllte.

„Herr Stern!“ rief sie und streckte ihm zum fröhlichen Willkommen die Hände entgegen. Rolf kam die letzten Stufen der Terrasse herausgepresst und stellte sich neben sie. „Wie selzend, daß Sie heute kommen, ich fing gerade an, mich sehr einsam zu fühlen. Es schien mir so traurig, an jolch einem schönen Frühlingstag ganz allein zu sein. Und nun sind Sie gekommen. Ich freue mich wirklich, daß Sie gekommen sind.“

Rolf hielt ihre Hand einen Augenblick länger in der seinen als die einfache Höflichkeit es erforderte, und seine Augen hingen mit einem dunstigen Blick an ihrem erschöpften Gesicht.

Dertliches und Sädlisches.

Mita, den 26. November 1923.

* Das Fest der Toten. Der leidte Sonntag des Kirchenjahres ist den lieben Toten geweiht. Der Glocken läutete gestern erster als sonst von den Kirchen unserer Kirchen. Goldener Sonnenstrahl beleuchtete die im Raumreif altherende Natur, als in der Höhe des Morgens die Klänge des Psalmodienworts erklangen. Zu den Gottesdiensten, besonders zu dem Festgottesdienst in der Trinitatiskirche, hatten sich die Gläder der Kirchgemeinde in sehr großer Anzahl eingefunden. Auf dem Friedhofe, der sich gestern in därflicher Blumenpracht zeigte, herrschte reger Verkehr. Von liebender Hand waren die Höfe der Ruhestätten geschmückt worden und, obgleich Tenebra und Not bestießend, soll jede Grabstätte vor aufgelichtet werden, um ein äußeres Beidein treuen Gedenkens niederzulegen. Besonders in den Nachmittagsstunden pilgerte eine schier endlose Trauergemeinde nach dem Friedhofe um an den Ruhestätten ihrer lieben Entschiedenen ihre Andacht zu halten. Um 4 Uhr stand am Kriegerkreuz, das ebenfalls mit Blumen geschmückt war, eine kurze Friedhofsaufzähltatt. Der feierliche Akt wurde eingeleitet durch Choralschläge des Psalmodienhofs, dem der gemeinsame Gesang: "Jesus, mein Auferstehung" folgte. Hierauf richtete Herr Warmer Friedhof bezüglichend Worte an die Erledigtenen. Er ermahnte sie, an Christus und an die Auferstehung zu glauben und getrennt zu bleiben bis an den Tod. Den teuren Toten, die ihre letzte Ruhestätte auf dem Friedhofe, der gebelligen Stätte, oder draußen in freiem Erdreich gefunden haben, widmete er bergische Worte treuen Gedenkens. Der gemeinsame Gesang: "Lacht nicht gern, lacht mich gehn", sowie weitere Psalmodienwörter beschlossen die Feier. Die Dämmerung brach allmählich herein und zwischen den Hügelreihen herrschte wiederum feierliche Stille.

* Der Brotvorschuss für den amtshauptmannschaftlichen Bezirk ist von der Preisprüfungsstelle der Amthauptmannschaft im Einvernehmen mit den Bäckern ab Montag einschließlich auf 85 Goldmark je für zwei Kilogramm festgestellt. Als Berechnungsfaktor wird der jeweilige amtliche Markurs, der aus den Tageszeitungen erschließlich ist, zu Grunde gelegt. Der Brotvorschuss in Dresden beträgt zur Zeit 800 Milliarden.

* Heimatschuhverträge. Diesen Mittwoch findet der zweite Heimatschuhvertrag statt. Direktor Dr. Auhof, Dresden, der bekannte Liebhaberphotograph und Alpinist spricht über "Winterpracht und Wintersport im deutschen Mittelgebirge". Mehr als hundert ganz prächtige Winterbilder aus deutschen Gebirgen werden den Vortrag begleiten. Karten bei Herrn Photographe Werner, Goethestraße 81 und an der Abendkasse.

* Wirtschaft und Währung. Auf Einladung des Vereins für Volksbildung und Kunstpflege behandelte am Sonnabend abend im angenehm durchmünzen kleinen Stern-Saal Herr Schriftsteller Dr. Sachse-Dresden das gegenwärtige sozialbedeutsame Thema: Wirtschaft und Währung. Seine fast anderthalbstündigen Ausführungen leitete der Vortragende ein mit dem Hinweise auf die deutschen Handelsbeziehungen zum Auslande vor dem Kriege und ging dann über zu den Kriegsjahren, den furchtbaren Friedensabschluss und zu der immer weiter um sich greifenden Verrottung unserer Währung. Er befürchtet eingeschoben die wöchentliche Kriegsschuldenfinanzierung. Das Reich habe immer wieder zur Notenpreise greifen müssen und mit Erhöhung des Papiergebotes sei naturngemäß auch die Erhöhung der Warenpreise erfolgt. Da aus sozialer Aetitlilie Redner jedoch die wirtschaftlichen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des Deutschenvertrages und betonte, daß das Vertrauen zur deutschen Mark im Auslande immer mehr geschwunden sei. Bis Mitte des Jahres 1921 sei unsere Währung einigermaßen stabil geblieben, aber die ungeheuren Reparationslasten machten eine Ordnung unserer Wirtschaft fast unmöglich. Unsere Schulden könnten wir nicht in Papiermark bezahlen, wie mühten Deutschen haben. Diese könnten wir nur bekommen, wenn wir eine gewaltige Warenausgabe erzielten, die aber unsere Gläubiger aus Furcht vor unserem Wiedererscheinen auf dem Weltmarkt verhinderten. Das sei der große Widerspruch in der Reparationsfrage: Wir sollen zahlen, man gibt uns dazu aber nicht die Möglichkeit. Größere Zahlungen könnten wir nur lösen durch deutsche Sachleistungen und dadurch den Abwärtsdruck unserer Valuta einholen. Redner desprach jedoch, daß die im deutschen Reich herrschende Steuerpolitik und bemerkte, daß der weitansgrößte Teil der eingezogenen Steuerbeträge durch Abzug von Lohn und Gehalt erzielt worden sei. Redner stieß die Politik der Reichsbank und ging sodann zur Frage des Ruhestandes über. Auch hier habe man sich sehr reichlich der Notenpreise bedient und auch hier sei die Inflation gefordert worden. Er sprach schließlich noch das Spekulationszuwachs und die Wirtschaftslage nach Aufhebung der Zwangswirtschaft. In der gegenwärtigen Zeit sei die Geldwertveränderung auch für Handel und Industrie zur Geisel geworden. In Verbindung mit der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse erläuterte der Vortragende eingehend die Geldmarktfraue und den Übergang zur Goldwährung, wobei er an Hand von Beispielen den Verkehr an der Börse und dessen Auswirkung auf dem Warenmarkt schilderte. Anwesende sich die Einstellung unserer Währung auf Goldbasis anstreben werde, sei allerdings eine Frage der Zeit. Die Papierbedeutung für eine geordnete Währung sei die Erhaltung unserer Konjunktur unter voller Ausnutzung aller Errungenheiten der Wissenschaft. — Nach einer kurzen Ansprache erreichte der Vortragssabend sein Ende. Der Besuch war ein ziemlich guter; er hätte mit Rücksicht auf die hochinteressanten Darlegungen freilich ein noch besserer sein können. Vielleicht war die Bekanntgabe der Einladung ungenügend.

* Theater in Riesa. Die Dresdner Operette gefestigt Dir. Arthur Lorle hat ihren Beichlern schon des öfteren Stunden tödlicher Unterhaltung geboten. Am gestrigen Sonntag gelangte das 5. Satzspiel "Alt-Heidelberg" zur Aufführung. Der österrische Theatersaal war bis auf das leste Bläschen gefüllt, sodass ein guter Teil der Zuschauergesellschaft wider umlehnen mußte. Die Aufführung des Stücks war bestredigend, die Darsteller behaupteten sich auch im Schauspiel bestens. Ursula Rothke verkörperte die naive und doch so lebensvolle Käthe in Aufführung und Durchführung gleich gut. Die Tragik ihrer Rolle wußte sie ergreifend darzustellen. In Kurt Schreiber, als Erbprinz Karl-Helms, hatte sie einen würdigen Partner. Sein frisches und anmutiges Spiel kam noch jeder Hinfürt hin als hervorragende Leistung bezeichnet werden. Heinz Trolle bot in der Rolle als würdiger Staatsminister Vorzügliches. Sehr anprechend gab Herr Riccossi den solzen Kammerdienstler Lutz. Dr. Jüttner, der langjährige Ersteher des Brunnens, wurde von Herrn Klein in witzigem Stil wiedergegeben. Herr Sachse spielt mit wickeliger Komik das treue Antlötum. Aber auch alle übrigen Darsteller, ganz besonders die altherwürdigen treulichen Beichlern des Heidelberg-Studentenclubs, fügten sich angemessen in das Gesamtbild ein. Die Hauptdarsteller erhielten Blumen und das Publikum spendete wohlverdienten reichen Beifall. — Zu wünschen bleibt, daß ähnlich nach Erfolgen des ersten Gedenktages die Saalturen geschlossen werden, damit nicht wie es gestern der Fall war, die ersten Szenen unter der Unruhe der Eintretenden beeinträchtigt werden.

* Der Verein Freiberger Landsmannschaft "Glück Auf" veranstaltet am Sonnabend, den

1. Dezember, abends 8 Uhr im Hotel Stern einen großen volkstümlichen Konzert- und Bilderabend unter glänzender Mitwirkung der Hüttenkapelle und ihres bekannten Dirigenten staatlicher Musikdirektor Mehrling) und des Beamtenchorvereins des Reichsamt Buchhammer-Werkes (Vorstand Herr Liebermeister Reiner). Beide, die Hüttenkapelle wie auch der Beamtenchorverein zeugen von einem tüchtigen Können und werden auch neue Werke von Herrn Mehrling zu Gehör gebracht werden. Der Kreischor ist für das Reichsheimatmuseum wie auch den Freiberger Domfondus bestimmt. Dabei werden auch zwei Freiberger Bergleute in altväterlicher Tracht und ein Hüttenmann in Uniform anwesend sein. Alles Nähere durch Plakate und Annonce erreichbar.

* Wertesatzdag. Kubitschek bestätigte für Staatsrentner, Den in Wartegeld und im Staatsbank beständlichen Sachlichen Beamten, Gehilfen und Lehrern sowie deren Hinterlebenden steht das Recht zu, bei der Postanstalt, von der sie die Verlängerungsgebühren erhalten, diese Gebühren für das zweite, dritte und vierte Postversandviertel nachträglich unter Vorlegung der entsprechenden Zahlungsanweisungsschritte anteilig mit 10 für das 2., 20 für das 3. und 50 v. O. für das vierte Novemberversand in wertbeständige Zahlungsmittel umzutauschen. Dieser Umtausch war infolge Mangels an wertbeständigen Zahlungsmitteln bisher nicht möglich. Auch in der nächsten Zeit stehen wertbeständige Zahlungsmittel in ausreichender Menge noch nicht allenfalls zur Verfügung. Eine Benachrichtigung der Verlängerungsberechtigten tritt hierdurch nicht ein. Den Verlängerungsberichtsrat ist jeweils der volle Betrag ihrer Verlängerungsgebühren in Papiermark aufgezahlt worden, auch wird bei dem nachträglichen Umtausch derjenige Kurs zugrunde gelegt werden, der für den Tag der Gültigkeit der Gebühren in Betracht kommt. Bei dem Umtausch kann von den Postanstalten eine genaue Berechnung nicht vorgenommen werden, er wird nur in runden Beträgen vorgenommen werden können. Durch Postanstalten kann der nachträgliche Umtausch nicht vorgenommen werden. Mündliche oder schriftliche Anfragen beim Postamtamt des Finanzministeriums in dieser Angelegenheit mögen im Interesse der ungeklärten Verneinung der Verlängerungsgebühren möglichst unterlassen werden. Auf Beantwortung solcher Anfragen kann nicht gerechnet werden.

* Gegen die ungeheure unproduktive Belastung der Handwerksbetriebe. Der Landesbauhof des Sächsischen Handwerks schreibt: In der Gegenwart ist die unproduktive Belastung von Handwerk und Gewerbe auf eine Stufe gekommen, die nicht mehr zu überbieten ist. Die Umwertung sämtlicher Steuern und Leistungen in Goldmark legt jedem Gewerbetreibenden große Opfer an Zeit auf, wenn er nicht am nächsten Tage einen weit höheren Betrag bezahlen will. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung. Auch die sozialen Einrichtungen, wie Krankenfasse, Berufsgenosenschaften und neuerdings die Abführung der Invalidenversicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber legen dem Handwerk unerträgliche Belastungen auf. Die Arbeitskraft des Handwerkers, die im Interesse der Erhaltung des Betriebes und der Familie sowie der Volkswirtschaft so bitter notwendig in der Werkstatt gebraucht wird, muss durch Kundenlangsamkeit und Geldbeschaffungsaufwendungen vergeudet werden. Es ist heute bald soviel gesammelt, daß in einem Handwerksbetrieb mit zwei Gehilfen der Meister überbaut nicht mehr produktiv arbeiten kann, da er dafür einen Angestellten braucht. Wenn dies äußerlich nicht in Erscheinung tritt, so liegt es daran, daß der Handwerker einen Abschlußtag überhaupt nicht mehr kennt und auch die eigene Frau und Kinder im Geschäft mit täglich sein müssen. Der Landesbauhof des Sächsischen Handwerks hat die sächsische Regierung auf diese Tatsachen ernstlich hingewiesen und Anordnungen gefordert. Es geht nicht mehr an, daß an und für sich begründenswerten Einrichtungen zuliebe die kostbare Arbeitskraft des Meisters verwendet werden muss, um das große Beamtenheer zu erhalten. Daß die Leistungen dieser Instanzen den Erfordernissen der Zeit nicht mehr entsprechen, ist schon eine längst bekannte Tatsache. Erfolgt keine Rendierung, so muss das Handwerk eines Tages erklären, daß es diesen öffentlichen Verpflichtungen nachzukommen einfach nicht mehr imstande ist. zunächst gilt es einmal, sich selbst zu ernähren. Wenn der Staat Einrichtungen schafft, dann muß er auch dafür sorgen, daß ohne Beeinträchtigung der Gewerbeleistungsfähigkeit die Erfüllung dieser Verpflichtungen möglich ist.

* Für eine Silbermark 400 Milliarden. Der Kauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 20. d. Mts. ab bis auf weiteres zum 400milliardigen Betrage des Rentenwertes.

* Verbote in Wohnschriften. Vor mehreren Tagen wurden bereits die im Arena-Verlag erscheinenden "Nachtwachen" bis auf weiteres verboten, am Sonnabend erging in den Abendstunden ein weiteres Verbot, nach welchem auch das Weiterertheilen der Dresdner örtlichen Wohnschriften "Arena" und "Arena" unterlag wurde.

* Reichswehrhilfe. Das Wehrkreiskommando 4 hat dem Landesverein für Innere Mission für sein Alterheim Wilhelm in Weinböhla und für seine ehemalige Anzahl in Kleinwachau die Summe von je 21 Goldmark aus Sammlungen der Reichswehr zur Verfügung gestellt.

* Für Militärversorgungsberechtigte. Die Schiedsgerichtsliste für die Mehrbeträge, welche nach der Menge für das 4. Novemberversand für die Zeit vom 24. bis 30. 11. 23 den Pensionären, Wartegeldempfängern und Hinterlebenden für die ehemalige Wehrmacht zustehen, sind vom Reichspensionat dem Reichsgericht zugeleitet.

* Arbeitsmarktbericht. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen hat in der Berichtswoche keine Veränderung erfahren. Wenn es auch im allgemeinen nicht zu den Entlassungen in dem Maße wie in der Vorwoche kam, so herstellte doch größte Zurückhaltung bei der Einstellung von Arbeitskräften. Erstaunlich ist die immer größer werdende Zahl der sich erwerblos meldenden selbstständigen Handwerker und Gewerbetreibenden. Die Hauptindustrien hatten allgemein wie in den Vorwochen, so auch in dieser Berichtswoche unter Abschwächung, Mangel an Aufträgen, Geldknappheit und sonstigen Abschwächungen zu leiden, jedoch weiter Betriebsentwicklungen und -stilllegungen nicht ausblieben. Wohl waren noch stellenweise Betriebe der chemischen, der Textil- sowie der Papierindustrie, welche noch Auslandsaufträge zu erledigen haben, voll beschäftigt, doch sind diese Betriebe nicht ausschlaggebend für die Gesamtarbeitsmarktlage. Schwer darunter liegen nach wie vor die Nahrungs-, Genussmittel- und Bekleidungsgewerbe. Im Baugewerbe konnten verschiedentlich infolge der günstigen Witterung Baustofflieferungen wieder in Angriff genommen und Vermietungen zu Notstandsarbeiten getätigt werden. Im großen und ganzen ist aber auch hier die Zahl der Erwerbslosen weiter gesunken. Schlecht liegen die Verhältnisse im Malergewerbe. Das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, ebenso die Gruppen für häusliche Dienste und ungeliebte Arbeiter hatten keinen Bedarf an Arbeitskräften. Die Zahl der Erwerbslosen ist in diesen Gruppen besonders im Steigern begriffen. Gleiches ist auch von den Gruppen für Kaufmännische und Büroangestellte zu berichten. In der Landwirtschaft ist die Nachfrage nach Arbeitskräften ebenfalls fast erloschen. Sanitärdienst und Schweizer in größerer Zahl, sowie ganze Landarbeiterfamilien stehen zur Verfügung, und noch immer werden weitere Kräfte, vor allem männliche, abgesucht.

* Wasserleitungen vor Frost schützen. Um hinzu auf die vorgeschrittenen Jahreszeit losse es kein Haus- oder Grundstück veräußern, seine Wasserleitungen daraufhin nachzusehen, ob sie gegen Frost genügend geschützt sind.

- Briefmarken bis 800000 Mark werden be-

kanntlich alle Freimarken (auch Nummernmarken) im Gesamtwert von 100 Mark bis 800000 Mark ihre Gültigkeit. In den Händen der Beobachter befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Dezember 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Werte von 1 Million Mark vorgelegt werden. Auch bei höherem Gesamtwert wird ein Teilbetrag unter 1 Million nicht vergütet. Bordreise mit eingedrucktem Wertstempel (Postarten-Kartenbriefe, Briefumschläge usw.) werden nicht eingelöst.

- Die Hühner legen wieder. Der Freiberger Anzeiger erzählt: Bekanntlich stellen alljährlich um die Zeit der kalten Tage die Hühner das Gelegenheit ein. Auch in diesem Jahre hatten sie trotz der milden Frühherbstwitterung und trotz steigenden Dollarkurses bereits mit Kurzarbeit begonnen. Seit wenigen Tagen haben sich die klugen Tiere jedoch eines andern besonnen. Sie legen wieder! Seit es das wertbeständige Geld gibt: Gern da jemand aufs Band nach Eiern. Es gefällt nicht zum ersten Mal und er kommt schon die übliche Abwehr: "Die Hühner legen nicht. Sonst ganz gerne!" Wie war er erstaunt, als er wiederum mit wertbeständigem Geld versuchte! Ach, hatten die Hühner siegfest gegadert. Gleich eine Mandel Eier konnte er nehmen — trotz Kürze!

* Eisenia. Eine liebhaberliche Mäusebande, der 14 schwere Einbrüche in der Umgebung nachgewiesen werden konnten, wurde festgenommen. Ein großer Teil der Beute wurde auf Feldern und in Gärten vorabreihen wieder aufgefunden. Der Anführer war der in Bodelitz wohnhaften 24-jährige Landarbeiter Emil Pohl, der bei 12 dieser Einbrüche beteiligt war. Der größte Teil der Einbrecher hat Beschäftigung, ja sogar Schafe, Schweine und Rühe im Stall.

* Dresden. Aus einer Zigarrenfabrik in der Augustusstraße wurden in der Nacht zum 18. November ein Ballen Rohtabak, 15 Kilogramm schw. in Taschen geschnitten, und 8 Kilogramm Bantiblättertabak gestohlen. — Aus einer Stoffhandlung in der Röhlitzerstraße wurden in der Nacht zum 23. November mittels Einbrüche 15 Stück Anzugs- und Unterstoffe in verschiedenen Farben und Längen, eine bunte Chiffonbluse, eine weiße Leinenbluse und eine Altentasche aus braunem Krebsleder gestohlen.

* Chemnitz. Regierungsrat Westphältinger, der mit anderen von seiner polizeilichen Tätigkeit entbunden wurde, ist seit einigen Tagen aus Chemnitz verschwunden. Es schwieg gegen ihn ein Verfahren wegen Waffenbeschlebung. Westphältinger lebt seit dem 1. Oktober 1923 in der höchsten Polizeipräsidium eingerichtete Nachrichtenstelle, die die sächsische Regierung über die Verhältnisse in Chemnitz unterrichtete.

* Zwitau. Der erst kürzlich von Leipzig hierher überriebene Syndikus des höchsten Richtervereins, Gerichtsassessor a. D. Dr. Gössel, erholt sich in seiner Wohnung in dem Augenblick, als er verhaftet werden sollte. Gössel sollte sich wegen fortgelebter Liebhaberei von mehreren junger Büchern, die er in der Hauptstube in der Universitätsbibliothek ausgeführt hatte, am Montag vor dem Leipziger Landgericht verantworten. Da er in der Verhandlung nicht erschien, wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen.

* Witzau. Der in dem bekannten Wiesenhaus-Wirtshauses wegen Totschlags am Seiter Gefangen zu 6½ Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige Ortsrentenbeamte Höhne, der seine Strafe in der hiesigen Landesstrafanstalt verbüßt, ist seit einiger Zeit in den Hungerstreit getreten, so daß er künftig ernährt werden muss.

* Bautzen. Bei einem Gutsbesitzer im Rieberthal erschien dieser Tag, als die Familie gerade beim Abendessen saß, maskierte Männer, die gefärbte Revolver vorhielten und erklärten, die Wohnung nach Waffen abzusuchen zu müssen. Ein Räuber war es aber weniger um Waffen als um Lebensmittel zu tun. Aus dem Aufbewahrungstraum stahlen sie mehrere Brote und Würste und verlangten dann Butter. Schließlich mußte der Gutsbesitzer die Räuber durch das Fenster lassen und durfte dabei das elektrische Licht nicht einschalten, damit sie untersetzt entkommen konnten.

Vom Steuerabzug vom Arbeitslohn.

* Die Finanzämter haben in den letzten Monaten Nachprüfungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn in den einzelnen Betrieben vorgenommen. In einer größeren Anzahl von Fällen ist das Strafverfahren eingeleitet worden. Es hat sich gezeigt, daß dem Steuerabzug vielfach noch nicht die nötige Beachtung geschenkt wird. In manchen Betrieben haben die Arbeitgeber die Vornahme des Steuerabzugs in die Hände des Betriebs geleget. Es ist selbstverständlich, daß sie sich hierdurch von ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit und ihrer Haftung nicht befreien können. Einzelne wurden beobachtet, daß Geschäftsführer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wenn sie gleichzeitig Gesellschafter waren, die Meinung vertreten, sie stünden nicht im Dienste der Gesellschaft und seien deshalb nicht lohnsteuerpflichtig. Diese Auffassung ist selbstverständlich irrig. Auch diese Geschäftsführer unterliegen mit ihrem Einkommen aus der Geschäftsführung dem Steuerabzug. Fabrikdirektoren, Geschäftsführer usw. wurden oft hohe Aufwandabschreibungen gezahlt und insofern Steuerabzug gemäß §§ 48 Absatz 5, 34 des Einkommensteuergegesetzes freigekommen. Es sind aber Aufwandabschreibungen nur in dem Umfang steuerfrei und dem Steuerabzug nicht unterworfen, als sie, nach ausdrücklicher Verbindung, zur Befreiung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwands gewährt werden und über den Betrag des tatsächlich erforderlichen Aufwandes nicht hinausgehen. Auf Angemessenheit dieser Aufwandabschreibungen wird besonders geachtet werden müssen. Mitunter wurde der Steuerabzug nicht vom Bruttoeinkommen, sondern von dem um den steuerpflichtigen Betrag verringerten Einkommen gemacht. Dies ist ungünstig, weil die Veränderungsbeträge durch die Werbungskosten aufzugehen mit abgegolten anzusehen sind. Weiter wurden mitunter Einkommensbeträge, lediglich weil sie nicht die ausdrückliche Bezeichnung als Gehalt oder Lohn führen, dem Steuerabzug nicht unterworfen. Auch solche Betriebe unterliegen dem Steuerabzug, wenn sie ein Entgelt für geleistete Dienste sind, ohne Rücksicht auf ihre Bezeichnung. Unterlassen wurde der Steuerabzug vielfach bei Gesellschaften, die diese vielfach als selbständige Gewerbetreibende, die dem Steuerabzug nicht unterliegen, angesehen werden. Geschäftsführer werden aber regelmäßig in einem festen Aufstellungsbetrag stehen, sodass ihnen Selbständigkeit nicht kommt, sie also dem Steuerabzug unterliegen. Mitunter haben es Arbeitgeber auch deshalb unterlassen, den Steuerabzug vornahmen, weil ihnen Steuerbücher nicht vorgelegt werden. Hieran ist darauf hinzuweisen, daß der Steuerabzug auch in solchen Fällen vorgesehen ist. Werden Steuerbücher nicht vorliegen, so hat dies allein die Wirkung, daß die Verminderungsfälle nicht berücksichtigt werden können, sodass also volle 10 Prozent als Steuerabzugsbetrag einzuhalten und vorzulegen sind.

* Vom Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Finanzämter haben in den letzten Monaten Nachprüfungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn in den einzelnen Betrieben vorgenommen. In einer größeren Anzahl von Fällen ist das Strafverfahren eingeleitet worden. Es hat sich gezeigt, daß dem Steuerabzug vielfach noch nicht die nötige Beachtung geschenkt wird. In manchen Betrieben haben die Arbeitgeber die Vornahme des Steuerabzugs in die Hände des Betriebs geleget. Es ist selbstverständlich, daß sie sich hierdurch von ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit und ihrer Haftung nicht befreien können. Einzelne wurden beobachtet, daß Geschäftsführer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wenn sie gleichzeitig Gesellschafter waren, die Meinung vertreten, sie stünden nicht im Dienste der Gesellschaft und seien deshalb nicht lohnsteuerpflichtig. Diese Auffassung ist selbstverständlich irrig. Auch diese Geschäftsführer unterliegen mit ihrem Einkommen aus der Geschäftsführung dem Steuerabzug. Fabrikdirektoren, Geschäftsführer usw. wurden oft hohe Aufwandabschreibungen gezahlt und insofern Steuerabzug gemäß §§ 48 Absatz 5, 34 des Einkommensteuergegesetzes freigekommen. Es sind aber Aufwandabschreibungen nur in dem Umfang steuerfrei und dem Steuerabzug nicht unterworfen, als sie, nach ausdrücklicher Verbindung, zur Befreiung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwands gewährt werden und über den Betrag des tatsächlich erforderlichen Aufwandes nicht hinausgehen. Auf Angemessenheit dieser Aufwandabschreibungen wird besonders geachtet werden müssen. Mitunter wurde der Steuerabzug nicht vom Bruttoeinkommen, sondern von dem um den steuerpflichtigen Betrag verringerten Einkommen gemacht. Dies ist ungünstig, weil die Veränderungsbeträge durch die Werbungskosten aufzugehen mit abgegolten anzusehen sind. Weiter wurden mitunter Einkommensbeträge, lediglich weil sie nicht die aus

